



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack



Kerstin Tack

Hannover im Herzen. Deutschland im Blick.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern einen guten Start in das neue Jahr und viel Kraft und Erfolg bei der Umsetzung eigener Wünsche und Vorstellungen für 2018.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl am 24. September 2017 hat für die SPD eine schwere Niederlage zum Ergebnis gehabt. Mit 20,5 % haben wir unser schlechtestes Ergebnis der Nachkriegszeit erzielt und werden nunmehr strukturell, inhaltlich und personell einen umfangreichen Erneuerungsprozess einleiten müssen. So bitter die Niederlage im Bund auch war, so sehr freuen wir uns aber auch darüber, dass wir in der Region Hannover drei der vier Wahlkreise wieder direkt gewinnen konnten. Dieses Ergebnis haben wir den vielen Ehrenamtlichen zu verdanken, die durch ihre große Unterstützung in den Ortsvereinen, bei den JUSOS, in den Vereinen und Verbänden zu diesem Erfolg beigetragen haben. Für diese große Unterstützung möchte ich mich bei ganz herzlich bedanken.

Die Niederlage im Bund hat viele Gründe, einer ist aber sicherlich die gesamte Niederlage der Groß-

en Koalition, die mit zusammen 14 % Verlust abgeschnitten hat, wovon wir als SPD rd. 5 % beitragen. Deshalb war es folgerichtig, eine weitere Große Koalition auszuschließen und als größte Oppositionspartei inhaltlich klare Akzente zu setzen und den innerparteilichen Erneuerungsprozess zu gestalten. Mit dem Scheitern der sog. Jamaika-Koalition, die ja monatelang als Zukunftscoalition beschrieben wurde, stellt sich nun eine neue Situation ein. Das Scheitern ist auch ein Scheitern von Angela Merkel, die die Kraft und die Integration für gelingende Gespräche nicht hatte. Für die SPD stellen sich mehrere Optionen: Sie gehen von einer weiteren Großen Koalition über die Tolerierung einer Minderheitsregierung oder Formen der Kooperation bis hin zu Neuwahlen. Auf unserem Parteitag haben wir Anfang Dezember beschlossen, ergebnisoffene Gespräche mit der Union zu führen

und auf einem gesonderten Parteitag im Januar über die Ergebnisse dieser Gespräche zu berichten und abzustimmen, ob weitergehende Gespräche hin zu Koalitionsverhandlungen geführt werden sollen. Sollte dies der Fall sein, werden alle SPD-Mitglieder am Ende die Möglichkeit haben, über einen Koalitionsvertrag abzustimmen. Der Weg ist also sehr offen und es wird jetzt darauf ankommen, welche unserer Inhalte die Union bereit ist mit uns umzusetzen. Es bleibt ein absolut offener Prozess, den wir auch hier in Hannover in gemeinsamen Gesprächen und Diskussionen mit begleiten werden.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern einen guten Start in das neue Jahr und viel Kraft und Erfolg bei der Umsetzung eigener Wünsche und Vorstellungen für 2018.

Herzlichst Ihre und Eure
Kerstin Tack

Welche Möglichkeiten der Regierungsbildung gibt es?

Das Regierungssystem in Deutschland ist kompliziert – aus gutem Grund: 1949 wollten die Verfassungsväter wegen der katastrophalen Auswirkungen des Untergangs der Weimarer Republik verhindern, dass das Parlament ohne weiteres aufgelöst werden kann. Das Grundgesetz sieht verschiedene Möglichkeiten der Regierungsbildung vor, die nach dem Scheitern der Jamaika-Koalition nun im Raum stehen: Eine Große Koalition, die Bildung einer Minderheitsregierung, eine lockere Kooperation in Einzelfragen und Neuwahlen. Alle vier Optionen werden zurzeit diskutiert.

Große Koalition

Als SPD haben wir klare inhaltliche Anforderungen an eine gerechte Politik formuliert: Wir wollen Familiengeld, Solidarrente und Bürgerversicherung einführen, mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und Reiche stärker besteuern. Die sachgrundlose Befristung, Ausnahmen beim Mindestlohn und die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern wollen wir abschaffen. Wir wollen das Kooperationsverbot beenden und massiv in Kitas, Schulen und Hochschulen investieren.

Die Rolle des Bundespräsidenten

Wenn keine Mehrheitskoalition gebildet werden kann, läuft der Weg zur Regierungsbildung nur über den Bundespräsidenten. Laut Artikel 63 des Grundgesetzes muss er einen Kanzlerkandidaten vorschlagen.

Findet sich im Bundestag keine absolute Mehrheit für den Kandidaten, so kann erst nach einer Frist von zwei Wochen erneut gewählt werden. Wird im zweiten Wahlgang wieder keine absolute Mehrheit erreicht, folgt nach weiteren vierzehn Tagen ein dritter Urnengang, bei dem dann die relative Mehrheit ausreicht.

Wird ein Kandidat gewählt und stimmt der Bundespräsident der Wahl zu, ist der Weg frei für eine



Minderheitsregierung oder eine Kooperation.

Wird ein Kandidat auch im dritten Wahlgang nicht gewählt oder stimmt der Bundespräsident der Wahl eines Kandidaten nicht zu, wird das Parlament aufgelöst – es gäbe dann Neuwahlen.

Minderheitsregierung

Eine Minderheitsregierung muss sich für jedes Vorhaben neue Mehrheiten im Bundestag suchen, sei es bei neuen Gesetzen, dem Bundeshaushalt oder Mandaten für Bundeswehrein-sätze.

Ein großer Vorteil der Minderheitsregierung besteht darin, dass Parteien nicht mehr gezwungen werden, gegen ihre Überzeugungen zu stimmen, um dem Koalitionspartner entgegenzukommen. Weil damit die Unterschiede zwischen den Parteien wieder klarer hervortreten, würde Populisten die Grundlage entzogen. Auch die politische Debatte könnte belebt und das Parlament gestärkt werden.

Nachteil der Minderheitsregierung ist, dass Gesetzesvorhaben noch schwieriger durchzusetzen wären.

Neuwahlen

Wird der Bundestag aufgelöst, weil kein Kanzler gewählt oder ernannt

werden konnte, müssen innerhalb von 60 Tagen Neuwahlen stattfinden.

Neben dem erheblichen Aufwand besteht ein Nachteil von Neuwahlen in der Frage, ob sich die Verhältnisse damit überhaupt wesentlich verändern würden.

Andererseits böten sie die Chance auf einen Neuanfang.

Die lockere Kooperation als „vierter Weg“

Eine Alternative zu den Optionen Große Koalition, Neuwahlen und Minderheitsregierung ist die Möglichkeit einer lockeren Form der Regierungszusammenarbeit. Dabei könnte eine Kooperation zwischen Union und SPD in verschiedenen Vorhaben vereinbart und ein gemeinsames Kabinett gebildet werden.

Alles, was nicht Bestandteil der Kooperationsvereinbarung ist, würde dem Parlament überlassen. Auf diese Weise könnten Initiativen eingebracht werden, ohne an die Koalitionsdisziplin gebunden zu sein.

Das Kooperationsmodell würde sowohl Stabilität herstellen als auch die Debattenkultur im Parlament auf der Suche nach wechselnden Mehrheiten stärken.

Interview mit Stephan Weil Ministerpräsident von Niedersachsen

Bei der Landtagswahl am 15. Oktober hat die SPD ein herausragendes Ergebnis erreicht - noch einmal herzlichen Glückwunsch dazu! Nachdem sich die FDP ja einer Ampelkoalition mit SPD und den Grünen verweigert hat, wird Niedersachsen nun von einer Großen Koalition unter Deiner Führung regiert werden. Was sind die wichtigsten Vorhaben, die Du mit Deiner Regierung in den kommenden 5 Jahren umsetzen willst?

Mir ist es ein besonderes Anliegen, den Weg der gebührenfreien Bildung fortzusetzen, indem wir die Kita-Gebühren ab dem dritten Lebensjahr abschaffen. Auch die Sanierung und der Ausbau der niedersächsischen Krankenhäuser – insbesondere der Hochschulmedizin in Göttingen und Hannover – und die Stärkung der Pflege durch Personalmindeststandards sind mir wichtige Anliegen. Das gleiche gilt für den Ausbau und die Modernisierung der Ausrüstung der Polizei. Durch ein Investitionsprogramm im Umfang von einer Milliarde Euro

möchte ich die Entwicklung der Kommunen unterstützen und mit einem milliardenschweren „Masterplan Digitalisierung“ den Breitbandausbau im ganzen Land voranbringen.

Ihr konntet in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU durchsetzen, dass der Kindergarten-Besuch in Niedersachsen künftig kostenlos sein wird. Wie sieht die Finanzierung dafür aus?

Dank der soliden Finanzpolitik der letzten Jahre steht Niedersachsen gut da. Die Abschaffung der Kita-Gebühren können wir daher bereits im kommenden Jahr aus dem Landeshaushalt finanzieren. Wir werden dazu einen Nachtragshaushalt auf den Weg bringen, der vorsieht, dass wir die Gebühren auch für das erste und zweite Kindergarten-Jahr bereits ab Sommer 2018 den Kommunen über einen Pauschalbetrag erstatten.

Gerade im Bereich der Inklusion war die niedersächsische CDU ja sehr



Foto: Ole Spata

zurückhaltend. Wie schätzt Du die Chancen ein, Inklusion mit der Großen Koalition weiter voranzubringen Welche Schritte wollt ihr hier unternehmen?

Ich bin davon überzeugt, dass wir in den Verhandlungen mit der CDU einen gut vertretbaren Kompromiss gefunden haben. Vom einjährigen Stillstand, den die CDU im Wahlkampf gefordert hatte, kann keine Rede sein. Für Ausnahmefälle wird Schulträgern eine verlängerte Übergangsfrist gewährt, aber auch die endet noch in dieser Legislaturperiode. Ein Politikwechsel findet nicht statt in Niedersachsen!

BesucherInnengruppen In Berlin



01.08.2017: Interessierte BürgerInnen besuchen Kerstin Tack



24.08.2017: Interessierte BürgerInnen besuchen Kerstin Tack

Unterwegs mit Stephan Weil



31.08.2017: Besuch bei der HeidelbergCement AG



23.09.2017: Auf dem Bothfelder Herbstmarkt



31.08.2017: Besuch in der integrativen Kita Regenbogen Misburg

Impressionen aus dem Bundestagswahlkampf

Kerstin Tack ist bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 mit einem Erststimmenanteil von 35,6 Prozent erneut zur Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis 41 Hannover-Nord gewählt worden.



22.09.2017: Verteilaktion vor dem Eisstadion in Kleefeld vor dem Spiel der „Indians“



Das Wahlkampfmaterial vom Jungen Team Kerstin Tack...



22.09.2017: Frühverteilung Continental Stöcken mit den Jusos und dem Betriebsrat



... vorbereitet für die Kneipentour vom Jungen Team



02.09.2017: Stadtteil- und Gewerbefest Hainholz



21.09.2017: Veranstaltung mit Martin Schulz am Kröpcke



20.09.2017: Podiumsdiskussion an der Leibnizschule, List



23.08.2017 Runder Tisch zur Altenpflegeausbildung im Festsaal der Diakovere Annastift



21.09.2017: Talkrunde auf der Veranstaltung mit Martin Schulz



19.09.2017: Frühverteilung der Betriebsratsflyer vor dem VW-Werk



22.08.2017 Bürgerforum mit der Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Hanne Modder, in Bothfeld



21.09.2017: Martin Schulz mit den BundestagskandidatInnen Caren Marks, Yasmin Fahimi, Kerstin Tack und Matthias Miersch am Kröpcke



07.09.2017: Podiumsdiskussion in der Käthe-Kollwitz-Schule



Unterwegs im Wahlkampf

Impressionen aus dem Bundestagswahlkampf

Hausbesuche



Unterwegs in Bothfeld



Unterwegs in Misburg



Unterwegs in Vahrenwald



Unterwegs in der nördlichen List

Kleingartentouren



Tannenbergallee



Neue Hoffnung



Neue Hoffnung



Feierabend

Gedenkveranstaltung für Ada und Theodor Lessing



Am 31. August 2017 war Kerstin Tack zur Gedenkveranstaltung für Ada und Theodor Lessing in Anderten eingeladen. Diese Veranstaltung fand vor dem ehemaligen Wohnhaus des Ehepaares in der Straße „Am Tiergarten“ statt. Theodor Lessing wurde am 30. August 1933 Opfer eines nationalsozialistischen Attentats, an deren Folgen er einen Tag später starb. „Theodor Lessing wurde verfolgt, da er sich aktiv für Frieden und Freiheit eingesetzt hat und da er sich nicht hat verbiegen lassen. Wir müssen stets daran erinnern, dass diesem Menschen ein Unrecht angetan wurde und dass sich so etwas nicht wiederholen darf“, betonte Kerstin Tack im Rahmen ihrer Ansprache auf der Veranstaltung. Auch Ada Lessing lobte Kerstin Tack für ihr Engagement für die Gleichstellung von Männern und Frauen. Vor dem Haus in Hannover-Anderten sind zum Gedenken zwei Stolpersteine verlegt.

Kerstin Tack kommt zu den Bürgerinnen und Bürgern: Sprechstunde auf den Märkten im Wahlkreis



Vor und nach der Bundestagswahl war Kerstin Tack wieder auf den Wochenmärkten in ihrem Wahlkreis unterwegs. Die Marktbesucherinnen und -besucher erhielten auch dieses Mal die Gelegenheit, mit der Bundestagsabgeordneten in einer öffentlichen BürgerInnen-sprechstunde direkt ins Gespräch zu kommen. Im Gepäck hatte sie wieder ihre beliebten „roten Karten“ und wurde an den verschiedenen Stationen von örtlichen MandatsträgerInnen und ehrenamtlich Aktiven begleitet. Zum Auftakt war sie am 08.08. auf dem Markt an der Friedenskirche im Zooviertel, am 09.08. dann auf dem Jahnplatz in Vahrenwald und dem Moltkeplatz in der List. Auch an den weiteren Tagen war sie immer vor Ort und warb für die Bundestagswahl am 24. September 2017.

Das zahlte sich aus, denn auch bei dieser Wahl erhielt Kerstin Tack ein beachtliches Wahlergebnis. Dafür bedankte sie sich bei den Bürgerinnen und Bürgern in der Woche vom 27.-29. September mit zahlreichen Dankeskarten mit „Merci“.

Mein Bundestagsbüro Berlin

In Berlin unterstützen mich drei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen bei meiner Arbeit im Bundestag. Sie koordinieren Termine, betreuen die zahlreichen Besuchergruppen aus meinem Wahlkreis Hannover, sind für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig, bereiten meine Arbeits- und Ausschusssitzungen vor und nach, bearbeiten Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Interessensgruppen und stimmen sich mit meinem BürgerInnenbüro ab.



Heidi Röder begleitet mich als Büroleiterin seit meinem Einzug in den Bundestag im Jahr 2009, Franziska Latta unterstützt mich seit 2014 insbesondere in inhaltlichen Fragen der Behindertenpolitik. Dr. Friederike Storch verstärkt das Team seit Anfang September 2017.

Mein BürgerInnenbüro in Hannover



Alexandra Dzaack ist seit 2016 Büroleiterin in meinem BürgerInnenbüro. Heiderose Kelich unterstützt mich seit Anfang Juni 2017 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in Hannover.

Im Kreuzkampe 1, unweit der Bahnhaltestelle Spannhagengarten befindet sich mein BürgerInnenbüro. Meine beiden Mitarbeiterinnen Alexandra Dzaack und Heiderose Kelich sind die ersten Ansprechpartnerinnen für die Belange der BürgerInnen im Wahlkreis 41, sowie für Verbände, Vereine und die SPD-Strukturen vor Ort. Sie beraten am Telefon, per E-Mail und auch im direkten Kontakt, betreiben Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und koordinieren die Besuchsgruppen für die BPA-Fahrten. Die Sprechzeiten sind täglich von 9-17 Uhr.

Impressum:

kontakt | Ausgabe 3/2017
V.i.S.d.P.: Kerstin Tack
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover
www.kerstin-tack.de
kerstin.tack.wk@bundestag.de

Redaktion:

Alexandra Dzaack, Heiderose Kelich und Heidi Röder
Layout und Satz: Knud Lagershausen
Gedruckte Auflage: 2.500 Exemplare
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 07.12.2017

Bildnachweise:

S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com
S. 1 Kerstin Tack | Susie Knoll
S. 3 Interview Stephan Weil | Ole Spata

Arbeiten 4.0 – Chancen oder Risiken?



Große Trends verändern unsere Arbeitswelt nachhaltig: Digitalisierung, Globalisierung, demografischer Wandel, Bildung und Migration sowie der Wandel von Werten und Ansprüchen. In welcher konkreten Form und in welchem Ausmaß Entwicklungen eintreten, ist offen. Aus diesem Grunde diskutierten Dr. Hella Baumeister, Arbeitsmarktexpertin, Cornelia Klaus vom GründerinnenConsult von hannoverImpuls, Edeltraud Glänzer, stellvertretende Bundesvorsitzende der IG BCE und Kerstin Tack, MdB mit interessierten Frauen über dieses spannende Zukunftsthema. Die Moderation übernahm Lea Arnold, Gewerkschaftssekretärin des DGB.

Lediglich 27 % der weiblichen Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert. Dies könnte zu einem Grundrisiko für Frauen im Zeitalter der Digitalisierung werden. Frau Baumeister wünscht sich daher mehr Vernetzung und einen höheren Organisationsgrad bei Frauen. „Glücklicherweise sind soziale Berufe, in denen Frauen vielfach arbeiten, wenig durch Technik austauschbar. Das Gleiche gilt für Kundenberatung und Verkauf. Dennoch sind die Auswirkungen der Digitalisierung noch nicht abschließend geklärt“, so Baumeister.

„Mit dem Pakt für anständige Löhne und dem Weißbuch Arbeit 4.0 hat Andrea Nahles einen wichtigen Grundstein für die gute Arbeit der Zukunft gelegt. Jetzt geht es darum, die Arbeitsbedingungen aktiv zu gestalten und zu verbessern. Gerade die Qualifizierung ist von großer Wichtigkeit. Daher möchte Kerstin Tack, dass die Agentur für Arbeit zu einer Agentur für Arbeit und Qualifizierung weiterentwickelt wird“. Für sie sei es, gerade wenn es um die Arbeitsplätze von Frauen geht, immens wichtig, neue Wege zu beschreiten und Experimentierräume zu schaffen. Es soll sich durch die Praxis zeigen, welche Arbeitszeitmodelle oder Arbeitsweisen zukunftsfähig und gesetzesreif werden könnten.

Das Fazit der Veranstaltung war, dass Digitalisierung die Chance auf eine selbstbestimmtere Arbeit, auf Flexibilität und unterschiedlichste Arbeitszeitmodelle bietet, aber auch die Gefahr von Entgrenzung und Überforderung, gerade wenn es um das Thema „Ständige Erreichbarkeit“, „Homeoffice“ und „Mobile Arbeitsplätze“ geht. Viel Gesprächsstoff für zwei Stunden und die Diskussionen darüber werden sicherlich noch weitergehen.

BürgerInnensprechstunde von Kerstin Tack

Dienstag, 6. Februar 2018

von 14:00 bis 18:00 Uhr

Mittwoch, 7. März 2018

von 14:00 bis 18:00 Uhr

BürgerInnenbüro Kerstin Tack | Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

Um Anmeldung wird gebeten unter Tel. 0511 69 98 05 oder per E-Mail an kerstin.tack.wk@bundestag.de